

Stadt Bitterfeld-Wolfen
Rathausplatz 1
06766 Bitterfeld-Wolfen

Sitzungsniederschrift

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Jugend und Sport führte seine . öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Dienstag, dem 24.03.2015, in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Stadt Wolfen, Puschkinstraße 3, Städtisches Kulturhaus, Vereinszimmer, von 18:15 Uhr bis 20:35 Uhr, durch.

Teilnehmerliste

stimmberechtigt:

Vorsitz

Klaus-Ari Gatter

Mitglied

Mirko Claus
Gudrun Rauball
Marko Roye
Christel Vogel
René Vollmann
Frank Zimmermann

i.V. für Frau Garbotz-Chiahi

Sachkundige Einwohner

Uwe Müller
Stephanie Petzold
Britt Riehl

Mitarbeiter der Verwaltung

Regina Elze SB Stadtplanung

Gäste

Eger-Wölpert STEG
Daniel Roi Stadtrat

abwesend:

Mitglied

Doreen Garbotz-Chiahi

Sachkundige Einwohner

Jutta Engler
Prof. Dr. Hans Poerschke
Diana Weber

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Dienstag, den 24.03.2015, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.
Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

Bestätigte Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit	
2	Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift und Feststellung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 17.02.2015	
4	Richtlinie zur Vergabe der Brauchtumsmittel BE: GB Haupt- und Sozialverwaltung	Beschlussantrag 043-2015
5	Satzung für den Jugendbeirat der Stadt Bitterfeld-Wolfen BE: GB Haupt- und Sozialverwaltung	Beschlussantrag 044-2015
6	Stadtentwicklungskonzept 2015-2025 der Stadt Bitterfeld-Wolfen (STEK) BE: GB Stadtentwicklung und Bauwesen	Beschlussantrag 237-2014
7	Anwendung der Benutzungssatzung bezüglich der Nutzung des städtischen Kulturhauses für Projekte des Heinrich-Heine-Gymnasiums BE: GB Haupt- und Sozialverwaltung	
8	Informationen zum Projekt "Sportentwicklung im Rahmen eines interkommunalen Sportnetzwerkes des Landkreises und seiner Kommunen" BE: GB Haupt- und Sozialverwaltung	
9	Mitteilungen, Anfragen, Anregungen	
10	Schließung des öffentlichen Teils	

<p>zu 1</p>	<p>Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit</p> <p>Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 7 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern fest.</p>	
<p>zu 2</p>	<p>Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung</p> <p>Der Ausschussvorsitzende, Herr Gatter, lässt über die vorliegende Tagesordnung abstimmen.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p>zu 3</p>	<p>Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift und Feststellung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 17.02.2015</p> <p>Zur Niederschrift gibt es keine Einwände; diese wird bestätigt.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich beschlossen</p>	<p>Ja 4 Nein 0 Enthaltung 3</p>
<p>zu 4</p>	<p>Richtlinie zur Vergabe der Brauchtumsmittel BE: GB Haupt- und Sozialverwaltung Herr Teichmann erläutert, dass Ausgangspunkt Kritik seitens des Landesrechnungshofes und des Rechnungsprüfungsamtes an der bisherigen Vergabepraxis waren. Der vorliegende Entwurf ist ein abgestimmter Kompromiss mit den Ortsbürgermeistern, welcher von der Kommunalaufsicht in der vorliegenden Fassung nicht beanstandet wurde. Die Diskussion der Mitglieder des Ausschusses für BKJS ergibt nach einer Abstimmung (Ja: 5, Nein:1; Enthaltungen: 1) folgende Änderungsanträge:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Unter 1.2. "Fördervoraussetzungen; Förderfähige Kosten sind:" soll im letzten Anstrich „Städtepartnerschaft“ gestrichen werden und nur „traditionelle Veranstaltungen“ soll bleiben. 2. Unter Punkt 1.3. „Antrags- und Bewilligungsverfahren“ im 3. Satz soll es wie folgt heißen: „Antragsteller ist der Vorstand des Vereins lt. BGB.“ <p style="text-align: right;">mit Änderungen empfohlen</p>	<p>Beschlussantrag 043-2015</p> <p>Ja 5 Nein 0 Enthaltung 2</p>
<p>zu 5</p>	<p>Satzung für den Jugendbeirat der Stadt Bitterfeld-Wolfen BE: GB Haupt- und Sozialverwaltung Herr Teichmann informiert über die Erarbeitung der Satzung und dass diese vom Rechtsamt und der Kommunalaufsicht geprüft wurde und so auch dem Wunsch der Jugendlichen entspricht. Auf eine Anfrage bezüglich der Einladung zu Sitzungen verweist Herr Krause auf die Geschäftsordnung des Jugendbeirates, nach der der Jugendbeirat eigenverantwortlich einlädt. Aus dem weiteren Gespräch der Ausschussmitglieder wird deutlich, dass nunmehr dem Jugendbeirat ein Rederecht in der Sitzung des Stadtrates eingeräumt ist. Herr Krause informiert bei dieser Gelegenheit über die derzeit primäre Arbeit. Es geht um die Vorbereitung des Hafenfestes. Ein Konzept wurde der Stadtverwaltung bereits vorgelegt, wobei es bezüglich der Übernahme von Kosten noch Klärungsbedarf gibt. Das Projektkonzept soll an die Niederschrift angehängen werden. Für Mitte April wurde ein Termin mit der Kreissparkasse Bitterfeld wegen des Kinderspielplatzes an der Villa am Bernsteinsee vereinbart. Herr Krause bittet um Unterstützung durch die Stadt.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig empfohlen</p>	<p>Beschlussantrag 044-2015</p> <p>Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0</p>

<p>zu 6</p>	<p>Stadtentwicklungskonzept 2015-2025 der Stadt Bitterfeld-Wolfen (STEK) BE: GB Stadtentwicklung und Bauwesen Frau Elze begründet die Notwendigkeit einer Beschlussfassung des STEK; Teil 1 mit der Beantragung und ggf. Bewilligung von Fördermitteln. Sie geht ausführlich auf die bereits stattgefundenen Beratungen ein und dass die noch zu ergänzenden Fachkonzepte derzeit erarbeitet werden. Herr Gatter legt dar, dass die Beratung des OR Bitterfeld das Problem deutlich werden ließ, dass ohne die infrastrukturellen Aspekte keine wohnungswirtschaftliche Konzeption vorgelegt und diese als STEK beschlossen werden kann. Frau Eger-Wölpert erklärt, dass der wohnungswirtschaftliche Teil auch mit der Maßgabe beschlossen werden könne, dass Änderungen, die sich aus dem 2. Teil ergeben, eingearbeitet werden müssen. Es wird also auch beschlossen, dass Ergänzungen und Veränderungen zugelassen werden. Herr Claus legt dar, dass selbst der 1. Teil vom OR Greppin so nicht mitgetragen werden kann, da z.B. in der Gagfah-Siedlung nicht nur Wohnraum für Ältere sondern auch familiengerechter Wohnraum als zukunftsfruchtig gesehen werden sollte. Herr Müller fragt, ob auch eine Beschlussfassung des 1. Teils separat möglich ist. Frau Elze teilt mit, dass dies formal möglich wäre. Herr Müller fragt die Ausschussmitglieder, ob die Anlage 2 im Teil 1 „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ von ihnen gesichtet wurde. Dies wird von den Ausschussmitgliedern verneint. Einige Ausschussmitglieder ziehen das Fazit, dass mehr Diskussionsbedarf besteht, der Teil 1 so nicht beschlossen werden kann und deshalb eine Empfehlung nicht zu vertreten ist. Frau Elze weist wiederholt auf den Sinn eines, dieses Konzeptes, hin und dass dieses auch ständig aktualisiert werden muss. Sie stellt die Frage in den Raum, wie die Wohnungsgesellschaften in der Öffentlichkeit über Leerstände, Abriss ect. diskutieren sollen. Frau Petzold bemängelt, dass man von Reuden bis zum Woliday nicht durchgängig eine asphaltierte Fläche vorfindet, so dass man diese Strecke nicht mit Inlinern befahren kann. Mit einer weiteren Anfrage von Frau Petzold verweist Frau Elze auf das dafür vorgesehene Fachkonzept unter dem Begriff „Radwegenetz“ im Internet (Stadt Bitterfeld-Wolfen/Bauen und Wohnen/Stadtentwicklungskonzept). Nach erfolgter Freischaltung wird der Öffentlichkeit Gelegenheit zur Äußerung von Meinungen und Hinweise eingeräumt. Herr Roi fragt nach Terminen für Bürgerversammlungen zum STEK. Er möchte wissen, inwieweit die Dorferneuerung einbezogen ist, ob und welche Fördermittel in Aussicht stehen und welche Fristen zu beachten sind. Frau Elze informiert, dass das letzte Programm ausgelaufen ist und für eine Neuausschreibung noch keine Förderkriterien bestehen, also diesbezüglich noch keine Aktivitäten möglich sind. Bis zum Juni sollen die Fachkonzepte erstellt werden und inwieweit und wann dann Bürgerversammlungen durchgeführt werden, muss noch entschieden werden. Da keine weiteren Wortmeldungen festgestellt werden, stellt der Ausschussvorsitzende den BA zur Abstimmung.</p>	<p>Beschlussantrag 237-2014</p> <p>Ja 2 Nein 3 Enthaltung 2</p>
<p>zu 7</p>	<p>Anwendung der Benutzungssatzung bezüglich der Nutzung des städtischen Kulturhauses für Projekte des Heinrich-Heine-Gymnasiums</p>	<p>nicht empfohlen</p>

	<p>BE: GB Haupt- und Sozialverwaltung</p> <p>Herr Roye berichtet von einem Telefonat mit Herrn Natho, Vorsitzender des "Fördervereins e.V. Heinrich-Heine-Gymnasium", wonach der Termin des geplanten Musicals auf den März des kommenden Jahres verschoben wurde.</p> <p>Herr Teichmann berichtet von einer Beratung zu den Gebühren, bei der Einigkeit erzielt wurde.</p> <p>Letztlich sollte dieses Thema zum gegebenen Zeitpunkt (s.o.) wieder aufgegriffen werden.</p> <p>Herr Roye bittet, zu überlegen ob ein solches Projekt durch die Stadt insofern gefördert werden sollte, da die Stadt den Titel „Stadt ohne Rassismus - Stadt mit Courage“ trägt, diesen weiterhin verteidigen will und dafür Projekte dieser Art als städtische Veranstaltung deklarieren könnte.</p> <p>Herr Gatter zieht in Erwägung, zu gegebenem Zeitpunkt ggf. einen entsprechenden Beschlussantrag zu stellen.</p> <p>Herr Teichmann macht darauf aufmerksam, dass damit zu rechnen ist, dass die Kommunalaufsicht die Einnahmen des Kulturhauses zur Erhöhung des Kostendeckungsgrades prüft. Entsprechende Aussagen zu sog. freiwilligen Leistungen finden sich bereits in der aktuellen HH-Verfügung. Der vergleichsweise hohe Kostendeckungsgrad von über 30% ist nur durch konsequente Einnahmeerzielung möglich. Inkonsequenz führt letztlich zur Gefährdung des Kulturhauses ansich.</p> <p>Die Ausschussmitglieder regen an, neben städtischen Förderungen auch den Landkreis in die Beantragung von Fördermitteln einzubeziehen.</p>	
<p>zu 8</p>	<p>Informationen zum Projekt "Sportentwicklung im Rahmen eines interkommunalen Sportnetzwerkes des Landkreises und seiner Kommunen"</p> <p>BE: GB Haupt- und Sozialverwaltung</p> <p>Herr Gatter regt an, künftig den Informationsfluss bezüglich des TOPs zwischen Verwaltung und Ausschuss zu verbessern.</p> <p>Herr Teichmann teilt mit, dass verschiedene Veranstaltungen des Landkreises stattfanden und künftig auch vor dem Ausschuss Bericht erstattet werden könnte. Es gehe hierbei nicht nur um die Nutzung und den Betrieb von Sportstätten, sondern um das Sammeln von Ideen, wie sich der Sport weiterentwickeln wird. Als Tendenz wird deutlich, dass eine wettkampfmäßige Betätigung nur eine untergeordnete Rolle spielt, die Sportstätten aber vorrangig danach ausgerichtet werden. Es wird immer mehr (ca. zu 75 %) individueller Freizeitsport getrieben. Dies könnte zu Überlegungen führen, ob es wichtiger ist, die Möglichkeiten für sportliche Betätigungen für die Öffentlichkeit mehr auszubauen bzw. zu erhalten. Gleichzeitig ist eine Tendenz festzustellen, dass zwischen den Vereinen Gemeinschaften gebildet werden, die z.B. auch die Sportstätten gemeinsam und effektiv nutzen könnten.</p> <p>(siehe dazu statistisches Material aus der Studie des Landkreises als Anlage 1)</p> <p>Im Rahmen dieses Projektes findet die nächste Beratung am 10.04.2015 zum Thema „Demographiewerkstatt/Daseinsvorsorge/Gesundheits- und Bewegungsförderung“ statt.</p>	
<p>zu 9</p>	<p>Mitteilungen, Anfragen, Anregungen</p> <p>Herr Gatter informiert, dass am 03.05.2015 der 10. Goitzsche-Marathon stattfindet. (red. Hinweis: Die Veranstaltung wurde mittlerweile abgesagt.)</p> <p>Herr Teichmann informiert darüber, dass vorerst nicht beabsichtigt ist, die</p>	

	<p>Höhe der Kostenbeiträge für die Kitas zu erhöhen. Zunächst ist abzuwarten, was bei den Finanzierungsvereinbarungen zwischen Trägern und Landkreis herauskommt und ob das Einvernehmen der Stadt erteilt werden kann. Davon machen auch verschiedene Träger abhängig, ob sie einen Antrag auf Übernahme der Trägerschaft der verbliebenen kommunalen Einrichtungen stellen, Derzeit liegen 2 mündliche Interessenbekundungen auf Trägerübernahme und ein schriftlicher Antrag des Diakonievereins vor. Er verteilt zur Information der Ausschusmitglieder eine detaillierte Übersicht über die Höhe der Zuschüsse der Stadt für die einzelnen Kitas im Stadtgebiet.</p> <p>Er teilt weiter mit, dass der Diakonieverein das „Christophorushaus“ als Träger übernehmen wird.</p>	
zu 10	<p>Schließung des öffentlichen Teils</p> <p>Der Ausschussvorsitzende, Herr Gatter, schließt um 20:35 Uhr den öffentlichen Teil.</p>	

gez.
Klaus-Ari Gatter
Ausschussvorsitzender

gez.
Kerstin Freudenthal
Protokollantin